

Regulatorische Anforderungen und ihre Auswirkungen auf den Versicherungsmarkt:

Aktuelle Entwicklungen europäischer Gesetzgebung und ihre Umsetzung

Dr. Coco Mercedes Tremurici

VVB-Fachtagung in Leipzig, 16. Mai 2025

Dr. Coco Mercedes Tremurici

Rechtsanwältin | Associate, Berlin

- Jahrgang: 1993
- Abitur: 2012, Evangelisches Gymnasium zum Grauen Kloster, Berlin
- 1. Staatsexamen: 2018, Freie Universität, Berlin
- Promotion: 2022, Univ.-Prof. Dr. Christian Armbrüster, Freie Universität, Berlin
- 2. Staatsexamen: 2023, Berlin (Stationen u.a. bei der EU-Kommission und im BMF)
- Zulassung als Rechtsanwältin: 2023, Berlin



Phone: +49 30 800 9300 20

Mail: coco_mercedes.tremurici@hoganlovells.com

Address: Hogan Lovells International LLP, Burgstraße
27, 10178 Berlin

Agenda

- I. EU-Regulatorik
- II. Arbeitsprogramm der EU-Kommission
- III. Solvency II Review
- IV. Digital Package
- V. Omnibus I, II, III
- VI. Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen
- VII. Exkurs: Umsetzung von Entscheidungen des EuGH

I. EU-Regulatorik (I)

Europäische Regulatorik: Das Regelwerk der Europäischen Union, das die für die EU-Mitgliedstaaten relevanten Themen regelt.



Durch Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens sollen die gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Ziele der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten verwirklicht werden.

Kernziele

- Stärkung gemeinsamer Werte (Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit)
- Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts
- Gewährleistung, Realisierung und Ausbau des Binnenmarkts
- Nachhaltige Entwicklung auf Grundlage von ausgeglichenem Wirtschaftswachstum und einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft
- Umwelt- und Klimaschutz



“Level Playing Field” = Wettbewerbsbedingungen, bei denen sich alle an dieselben rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Regeln halten müssen

I. EU-Regulatorik (II)

- **Primärrecht:** Die EU-Verträge sind die Grundlage des europäischen Rechts
 - Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung, d.h. Gesetzgebungszuständigkeit nur in den von den Mitgliedstaaten verliehenen Bereichen
 - Bestimmen die Ziele der Europäischen Union
- **Sekundärrecht:** Die auf den Grundsätzen und Zielen der Verträge aufbauenden Rechtsvorschriften; derzeit gibt es fünf verschiedene Arten (Art. 288 AEUV):

Verbindliche Rechtsakte

- Verordnungen
- Richtlinien
- Beschlüsse

Nicht verbindliche Rechtsakte

- Empfehlungen
- Stellungnahmen

I. EU-Regulatorik (II)

- **Verordnungen:** Rechtsakte, die in allen ihren Teilen unmittelbar verbindlich sind; sie gelten bei Inkrafttreten automatisch und in einheitlicher Weise in allen Mitgliedstaaten, ohne dass es eines nationalen Umsetzungsaktes bedarf (Art. 288 Abs. 2 AEUV).



unmittelbare Außenwirkung

- **Richtlinien:** Rechtsakte, die – ohne unmittelbare Außenwirkung – den Mitgliedstaaten ein bestimmtes Ziel vorgeben, ihnen dabei aber freistellen, wie sie dieses Ziel verwirklichen (Art. 288 Abs. 3 AEUV).



Die Mitgliedstaaten müssen die Zielvorgaben durch Schaffung nationale Regelungen umsetzen

- **Beschlüsse:** Ein verbindlicher Rechtsakt, der entweder allgemeine Geltung haben kann oder nur einen bestimmten Adressaten betrifft (Art. 288 Abs. 4 AEUV).

- **Empfehlungen/Stellungnahmen:** Mittels Empfehlungen können die EU-Institutionen ihre Ansichten äußern und Maßnahmen vorschlagen. Mit einer Stellungnahme können die EU-Institutionen eine Aussage ohne Auferlegung rechtlicher Verpflichtungen in Bezug auf deren Gegenstand treffen.

II. Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2025 (I)



„Gemeinsam vorankommen: Eine ambitioniertere, unkompliziertere und schnellere Union“

- Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission ist ein jährlicher Bericht, der die politischen Prioritäten der Kommission für das kommende Jahr darlegt. Es wird nach der Rede der Präsidentin zur Lage der Union verabschiedet und beschreibt, wie die politischen Ziele in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Im Wesentlichen dient es als Roadmap für die Arbeit der Kommission.
- Aufbauend auf den politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die EU-Kommission am 11. Februar 2025 ihr Arbeitsprogramm für 2025 vorgelegt. Es konzentriert sich auf die Leitinitiativen, die die Kommission im ersten Jahr ihrer Amtszeit ergreifen wird.

II. Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2025 (II)

Nachhaltiger
Wohlstand und
nachhaltige
Wettbewerbsfähigkeit

Verteidigung und
Sicherheit

Die Menschen
unterstützen, unsere
Gesellschaften und
unser Sozialmodell
stärken

Unsere
Lebensqualität
erhalten

Unsere Demokratie
schützen und unsere
Werte wahren

Europa in der Welt:
unseren Einfluss und
unsere
Partnerschaften
nutzen

Gemeinsam handeln
und die Zukunft
unserer Union
vorbereiten

III. Solvency II Review

- Veröffentlichung der "Richtlinie (EU) 2025/2 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 zur Änderung der Richtlinie 2009/138/EG im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit, die Aufsichtsqualität, die Berichterstattung, langfristige Garantien, makroprudenzielle Instrumente, Nachhaltigkeitsrisiken, die Gruppenaufsicht und die grenzüberschreitende Aufsicht sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/87/EG und 2013/34/EU" im EU-Amtsblatt vom **8. Januar 2025**.
- Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen bis zum 29. Januar 2027 die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie nachzukommen.

III. Solvency II Review

Risikobasierter Ansatz: Anpassungen im quantitativen Bereich, sodass die tatsächlichen Risiken besser widergespiegelt werden – insbesondere i. Z. m. langfristigen Garantien, Zinsänderungsrisiken, Kapitalkosten und langfristigen Investments.

Proportionalitätsprinzip: Kleinere und weniger komplexe Versicherungsunternehmen sollen entlastet werden – insbesondere durch geringere Berichtspflichten und weniger strenge Anforderungen an Governance-Organisation.

Nachhaltigkeit: Stärkere und systematische Einbindung von ESG-Risiken in das Risikomanagement-System wird vorgeschrieben.

Berichterstattung: Erweiterte Anforderungen an die Transparenz und Berichterstattung (insbesondere i. Z. m. Nachhaltigkeit und Liquiditätsrisiko) sowie eine geänderte Berichtspflicht beim SFCR wird eingeführt (2-Teilung: SFCR (Solvency and Financial Condition Report (SFCR)). für Endverbraucher und SFCR für Fachpublikum).

Gruppenaufsicht: Präzisierungen i. Z. m. grenzüberschreitenden Tätigkeiten wurden eingeführt, was auch zur besseren Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden führen soll.

Makroprudenzielle Aufsicht: Systemische Risiken sollen besser identifiziert und so auch gemindert werden können – insbesondere im Bereich Liquiditätsmanagement, zur Stärkung des Sektors gegenüber Schocks und zur Vermeidung von Ansteckungseffekten

Exkurs: Legislative Train Schedule

- Mit dem „Legislativzug“ oder dem „Legislative Train Schedule“ lässt sich die Umsetzung der Prioritäten der jeweiligen EU-Legislaturperiode überwachen. Diese Anwendung bietet einen Überblick über die Historie und den aktuellen Status jedes Gesetzesvorschlags. Der gesamte Gesetzgebungsprozess kann detailliert ab dem Moment verfolgt werden, in dem das EU-Parlament mit der Bearbeitung eines Rechtsakts beginnt. Zudem wird angezeigt, welche Rechtsakte sich derzeit „in Wartestellung“ befinden. Darüber hinaus können alle relevanten Informationen zu dem jeweiligen Dossier abgerufen werden.
- Abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/schedule>



EC Priorities 7

EP Committees 21

Commission 2024-29



			Legislative initiatives	Announced	Tabled	Blocked	Close to adoption	Adopted / Completed	Withdrawn
1	A NEW PLAN FOR EUROPE'S SUSTAINABLE PROSPERITY AND COMPETITIVENESS		0	32	53	10	5	7	0
2	A NEW ERA FOR EUROPEAN DEFENCE AND SECURITY		0	8	21	0	0	2	0
3	SUPPORTING PEOPLE, STRENGTHENING OUR SOCIETIES AND OUR SOCIAL MODEL		0	5	11	2	0	1	0
4	SUSTAINING OUR QUALITY OF LIFE: FOOD SECURITY, WATER AND NATURE		0	7	8	2	1	0	0
5	PROTECTING OUR DEMOCRACY, UPHOLDING OUR VALUES		0	5	8	2	0	0	0
Glossary	EUROPE: LEVERAGING OUR POWER AND		0	11	7	5	0	0	0



A NEW PLAN FOR EUROPE'S SUSTAINABLE PROSPERITY AND COMPETITIVENESS

(107 carriage(s) in this train)

Status

Please select



Recently updated only : 16



Text type

Please select



Packages

Please select



In the spotlight

Please select



Announced (32)



Tabled (53)



Blocked (10)



Close to adoption (5)

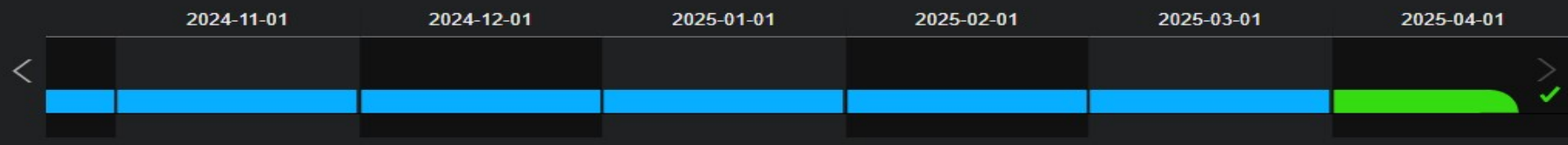


Adopted / Completed (7)



Reset

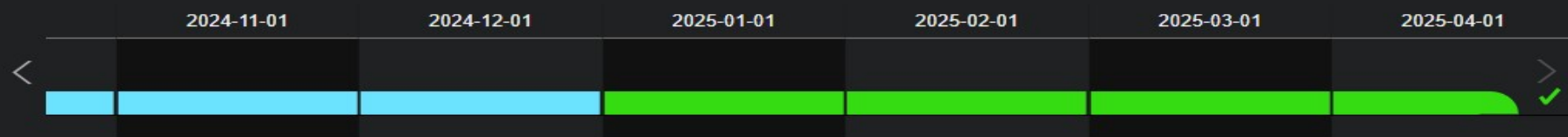
Renewed strategy for modern and safe retail payments



VAT in the digital age



Revision of the prudential rules for insurance and reinsurance companies (Solvency II)



Faster and Safer Tax Excess Relief (FASTER)



Revision of the prudential rules for insurance and reinsurance companies (Solvency II)

In "A new plan for Europe's sustainable prosperity and competitiveness"

Actions

20/04/2025

PDF VERSION

SUBSCRIBE

CONTACT

Metadata

Status:

Adopted / Completed

Type:

Non-Legislative

Package:

[Comprehensive review of EU insurance rules](#)

In the spotlight:

JD21

CWP:

2021

COM number:

COM(2021) 580

Rapporteur(s)

Sharing



On 16 September 2020, Commission's President von der Leyen announced in her State of the Union speech a new legislative initiative on the revision of the prudential rules for insurance and reinsurance companies (Solvency II).

This commitment was confirmed in the Commission Work Programme for 2021, where a proposal on the Solvency II review has been included among initiatives deepening the Capital Markets Union.

The Joint Declaration adopted in December 2020 by the three EU institutions identified this initiative as a legislative priority for 2021.

On 22 September 2021 the Commission adopted a comprehensive package reviewing of Solvency II aimed to make the insurance and reinsurance (i.e. insurance for insurance companies) sector more resilient, so that it can face future crises and better protect policyholders.

The review consists of the following elements:

- a Communication on the review of the Solvency II Directive;
- a legislative proposal to amend the Solvency II Directive (Directive 2009/138/EC);
- a legislative proposal for a new Insurance Recovery and Resolution Directive.

The package includes a Communication on the review of the EU prudential framework for insurers and reinsurers in the context of the EU's post pandemic recovery. It highlights the need for amendments to the Solvency II Directive which sets

IV. Digital package

- **Digitalpaket 2025:**
- Gesetzgebungsvorschlag im Q4 2025.
- U.a. Überprüfung des Cybersecurity Act.
- Ziel: Vereinfachung der Berichterstattung und Vermeidung von Doppelarbeit.
- **Öffentliche Konsultation:**
- Gestartet am 11. April, offen bis 20. Juni 2025.

V. Omnibus

Der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit

- Mit dem **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit** hat die Europäische Kommission einen Plan für einen Wirtschaftsaufschwung in Europa aufgestellt
- Dieser umfasst drei zentrale Aktionsbereiche:
 - Schließung von Innovationslücken (z.B. Einsatz von künstlicher Intelligenz)
 - Dekarbonisierung der Wirtschaft (insb. bezahlbare Energie)
 - Abbau von Abhängigkeiten (Krisenfestigkeit durch Handelspartnerschaften mit Volkswirtschaften in aller Welt)
- Die Aktionsbereiche werden durch verschiedene Querschnittsmaßnahmen unterfüttert
 - Hierzu gehört insbesondere ein Bürokratieabbau durch drastische Reduktion regulatorischer und administrativer Hürden für Unternehmen
 - Die „**Omnibus-Pakete**“, die Vorschläge in einer Reihe verwandter Rechtsbereiche zusammenführen (deshalb „Omnibus“), decken zu diesem Zweck eine weitreichende Vereinfachung in den Bereichen Berichterstattung über ein nachhaltiges Finanzwesen, Sorgfaltspflichten im Hinblick auf Nachhaltigkeit, EU-Taxonomie, CO₂-Grenzausgleichssystem und europäische Investitionsprogramme ab.

V. Omnibus I (26.02.2025)



Vorschläge für Bürokratieabbau bei Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten

- **„stop the clock“-Vorschlag:** Verschiebung der Anwendung der Berichtspflichten über die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD sowie der Umsetzungsfrist und der ersten Anwendungswelle bezüglich der Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit nach der CSDDD um ein Jahr (auf 2028)
- **Änderungen der CSRD, insb.:**
 - Einschränkung des Kreises der berichtspflichtigen Unternehmen (große Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten und entweder einen Umsatz von über 50 Mio. EUR oder eine Bilanzsumme von über 25 Mio. EUR aufweisen)
 - Freiwilliger Berichtserstattungsstandard für Unternehmen, die nicht in den Anwendungsbereich der CSRD fallen
 - Überarbeitung der europäischen Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung („ESRS“), insb. Reduktion der zu berichtenden Datenpunkte
- **Änderung der CSDDD, z.B.:**
 - Reduktion der Prüfungspflichten eines Unternehmens im Hinblick auf die Wertschöpfungskette zur Verringerung von Komplexität und Kosten
- **Änderung der Taxonomie-Offenlegungspflichten im Hinblick auf Klima und Umwelt**

Omnibus II (26.02.2025)



Vorschläge zur Ausweitung von Investitionen in saubere Technologien, indem

- die Investitionskapazität in der EU erhöht wird, sodass den Unternehmen mehr Finanzmittel durch Investitionen zur Verfügung gestellt werden können;
- es den Mitgliedstaaten erleichtert wird, ihre nationalen Unternehmen dadurch zu unterstützen, dass private Investitionen mobilisiert werden;
- Verwaltungsanforderungen für Finanzintermediäre und Empfänger, insb. KMU's, vereinfacht werden.

Omnibus III (geplant für das 2. Quartal 2025)



Schaffung einer neuen Kategorie für KMU's mit entsprechend angepassten Anforderungen sowie die Abschaffung von Papierpflichten

VI. Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (I)

Digitale Informationen und Services müssen ab dem 28. Juni 2025 barrierefrei gestaltet werden.

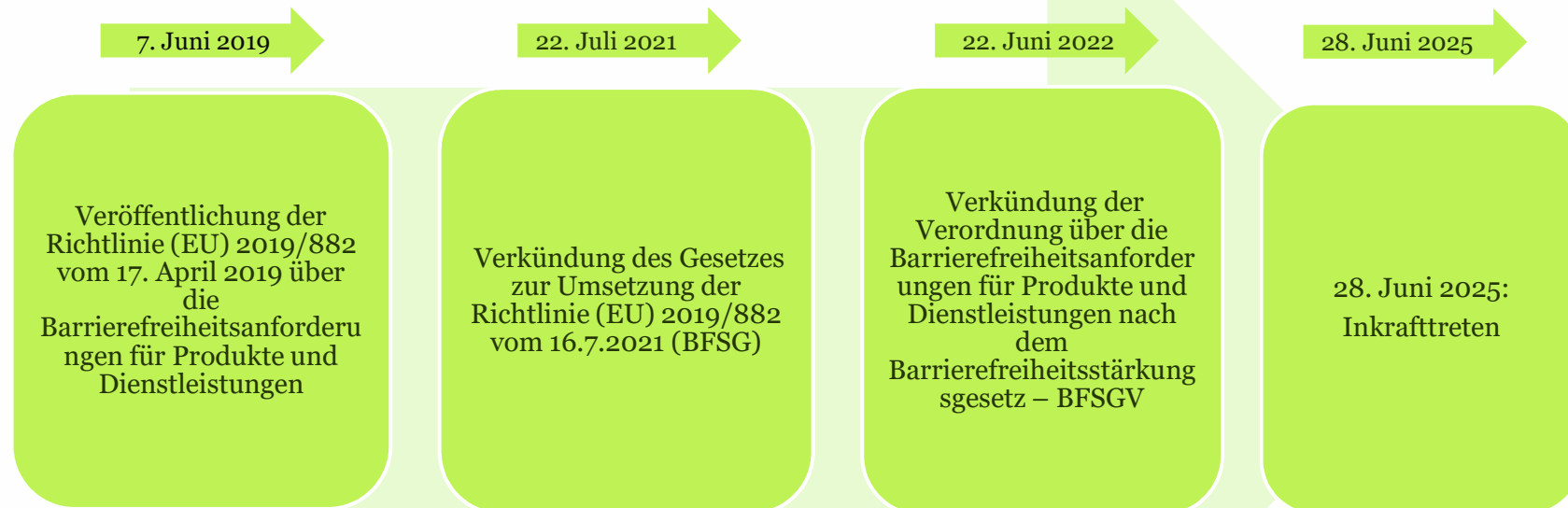
Aktuelle Situation:

- Unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Anforderungen für Barrierefreiheit in der EU.

Wesentliche Ziele:

- Zugang zu digitalen Inhalten für mehr Menschen.
- Erhöhung der Verfügbarkeit preisgünstiger barrierefreier Produkte und Dienstleistungen.
- Stärkung des Binnenmarkts durch einheitliche Regelungen.

VI. Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (II)



VI. Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (III)

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (BFSG)

- **EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit:**
 - Legt technische Anforderungen und barrierefreie Informationspflichten für bestimmte Produkte und Dienstleistungen fest.
 - Unterstützt Mitgliedstaaten bei der Harmonisierung ihrer Gesetzgebungen.
 - **Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG):**
 - Setzt die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act, EAA) um.
 - Fördert gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Einschränkungen und älteren Menschen.
 - Einheitliche EU-Anforderungen sollen helfen, den europäischen Binnenmarkt zu nutzen.
- **Verordnung über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz**

VI. Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen (IV)

- Orientierung an den vier Prinzipien der Barrierefreiheit, die durch die „Web Content Accessibility Guidelines“ (WCAG) definiert sind:
 - **Wahrnehmbarkeit**
 - **Bedienbarkeit**
 - **Verständlichkeit**
 - **Robustheit**
- Kleinunternehmen sind von den Regelungen für Dienstleistungen ausgenommen, erhalten aber Beratungsangebote
- Auswirkungen: Generell verbesserte Customer und User Experience, besseres Auffinden in Suchmaschinen da vollständig lesbar, höhere Kundenreichweite durch Erweiterung der Zielgruppe, positive Reputation

VII. Exkurs: Umsetzung von EuGH-Urteilen

- **Vorabentscheidungsverfahren des EuGH:**
 - Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheidet über Vorlagefragen nationaler Gerichte durch sog. Auslegungsurteile.
 - Nationale Gerichte müssen das Unionsrecht entsprechend der EuGH-Auslegung auch außerhalb des konkreten Falls anwenden.
- **Unionstreue:**
 - Alle mitgliedstaatlichen Organe sind verpflichtet, die Beachtung des Unionsrechts sicherzustellen.
 - Verwaltungsbehörden müssen ggf. schon vor gesetzgeberischen Maßnahmen das nationale Recht unionsrechtskonform auslegen.
 - Falls nötig, ist eine nicht unionskonforme nationale Vorschrift unangewendet zu lassen.
- **Pflichten der Mitgliedstaaten:**
 - Behörden müssen nach einem EuGH-Urteil geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Vereinbarkeit des nationalen Rechts mit dem Unionsrecht herzustellen.
 - Ziel: Schnelle Anpassung des nationalen Rechts und volle Wirksamkeit der Unionsrechte für Bürger.

VII. Exkurs: Umsetzung von EuGH-Urteilen

Urteil vom 29.9.2022 - C-633/20 zur Gruppenversicherung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass unter den Begriff „**Versicherungsvermittler**“ und damit den Begriff „**Versicherungsvertreiber**“ im Sinne von Artikel 2 Nr. 3 und 5 der Richtlinie 2002/92/EG und Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1, 3 und 8 der Richtlinie (EU) 2016/97 auch eine juristische Person fällt, deren Tätigkeit darin besteht, eine **freiwillige Mitgliedschaft** in einer zuvor von ihr bei der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen **Gruppenversicherung** anzubieten, für die sie von ihren Kundinnen und Kunden eine **Vergütung** erhält und die die Kundinnen und Kunden zur Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen berechtigt.

VII. Exkurs: Umsetzung von EuGH-Urteilen

Urteil vom 29.9.2022 - C-633/20 zur Gruppenversicherung

- Ein Unternehmen beauftragte Werbefirmen mit Haustürwerbung. Angeboten wurde ein Leistungspaket für Krankheits- oder Unfallfälle im Ausland. Kunden zahlten ein Entgelt an das Unternehmen. Das Paket beinhaltete auch den Beitritt zu einer Gruppenversicherung.
- DIHK und BaFin haben im Anschluss an diese Entscheidung am 3. Juli eine gemeinsame, nicht rechtsverbindliche Aufsichtsmitteilung veröffentlicht:
- Kriterien für die Einstufung als Versicherungsvermittler:
 - Die juristische Person bietet eine freiwillige Mitgliedschaft in einer Gruppenversicherung an.
 - Sie erhält dafür eine Vergütung von den Kundinnen und Kunden.
 - Die Mitgliedschaft berechtigt zur Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen.
- Es werden verschiedene Gruppenversicherungskonstellationen skizziert, maßgeblich sei jedoch stets der konkrete Einzelfall

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit**

Our global Insurance team

Our global reach helps set us apart. Few firms – if any – can match our balance of insurance expertise across so many jurisdictions.

UK		 Nicola Evans Partner Global Insurance Lead Corporate London	 Jonathan Russell Partner Corporate & Regulatory London	Continental Europe		 Dr. Christoph Küppers Partner CE Insurance Lead Tax & Regulatory Dusseldorf		 Dr. Sebastien Gros Partner Corporate Paris		 Silvia Lolli Counsel Regulatory Rome
	 Nick Atkins Partner Disputes London	 John Salmon Partner Technology London	 Dr. Hendrik Kornbichler Partner Employment Munich		 Sharon Lewis Partner Global Head of Finance, Insurance & Investment Paris & London	 Francesco Stella Partner Corporate Milan				
	 John Connell Partner Corporate London	 Lydia Savill Partner Disputes London	 Birgit Reese Partner Corporate Dusseldorf		 Alexander Premont Partner Finance Paris	 Pierluigi Feliciani Counsel Corporate Rome				
	 Louise Crawford Partner Technology London	 Claire Southern Partner Pensions London	 Dr. Christoph Louven Senior Counsel Corporate Dusseldorf		 Ghina Farah Counsel Corporate & Regulatory Paris	 Eimear O'Brien Partner Global Regulatory & IP Financial Services Dublin				
	 Victor Fornasier Partner Disputes & Regulatory London	 Edward Steward Partner Corporate London	 Dr. Tobias Böckmann, LL.M. (Minnesota) Counsel Corporate Dusseldorf		 Manon Cordewener Partner, Litigation, Arbitration, and Employment Amsterdam	 Hannah Vero Associate Global Regulatory & IP Financial Services Dublin				
	 Tim Goggin Partner Corporate & Regulatory London	 Neil Chisholm Counsel Corporate & Regulatory London	 Sabine Ernst Counsel Corporate & Regulatory Dusseldorf		 Victor De Vlaam Partner Corporate Amsterdam	 Pablo Muelas Partner Corporate & Regulatory Madrid				
	 Rita Hunter Partner ESG Regulatory London	 Ellie Rees Counsel Disputes London	 Dr. Lars Mohnke Counsel Employment Munich		 Janelle de Ruiter Senior Associate Corporate Amsterdam	 Margarita Morales Counsel Litigation, Arbitration, and Employment Madrid				
	 Jamie Rogers Partner Disputes & Regulatory London	 Charlie Shute Counsel Disputes London	 Dr. Coco Mercedes Tremurici Associate Tax & Regulatory Berlin							

Our global Insurance team (continued)

U.S.



Vanessa Wells
U.S. Insurance Lead
Disputes
Silicon Valley



Victoria Brown
Partner
Disputes
Silicon Valley



Bob Juelke
Partner
Corporate & Regulatory
Philadelphia



David Newmann
Partner
Disputes
Philadelphia, Washington, D.C.



Aleksandar Dukic
Partner
Sanctions
Washington, D.C.



Paul Otto
Partner
Cybersecurity
Washington, D.C.



Karl Racine
Partner
ESG Disputes & Regulatory
Washington, D.C.



Jordan Teti
Partner
Disputes
Los Angeles

LATAM



Carlos Ramos Miranda
LATAM Insurance Lead
Corporate & Regulatory
Mexico City



Luis Ernesto Peon Barriga
Partner
Disputes
Mexico City



Alejandro Garcia González
Partner
Disputes
Mexico City

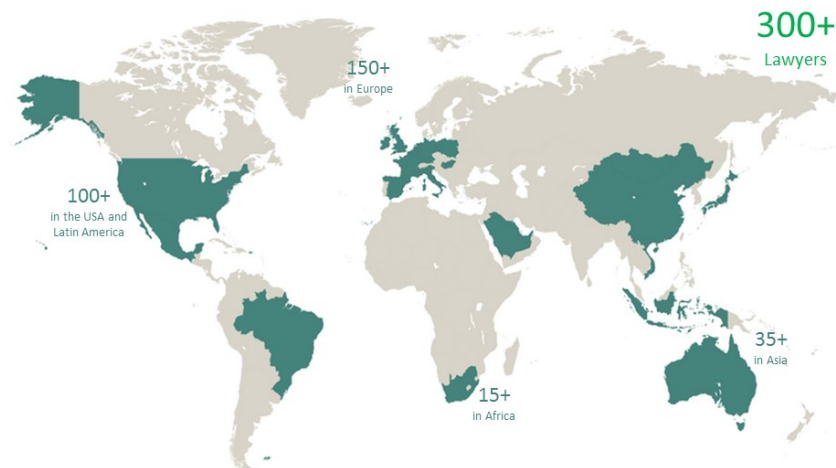
APAC

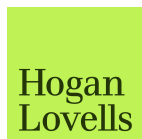


Andrew McGinty
APAC Insurance Lead
Corporate & Regulatory
Hong Kong



Mark Lin
Partner
Disputes
Hong Kong





hoganlovells.com

"Hogan Lovells" or the "firm" is an international legal practice that includes Hogan Lovells International LLP, Hogan Lovells US LLP and their affiliated businesses.

The word "partner" is used to describe a partner or member of Hogan Lovells International LLP, Hogan Lovells US LLP or any of their affiliated entities or any employee or consultant with equivalent standing. Certain individuals, who are designated as partners, but who are not members of Hogan Lovells International LLP, do not hold qualifications equivalent to members.

For more information about Hogan Lovells, the partners and their qualifications, see www.hoganlovells.com.

Where case studies are included, results achieved do not guarantee similar outcomes for other clients. Attorney advertising. Images of people may feature current or former lawyers and employees at Hogan Lovells or models not connected with the firm.

© Hogan Lovells 2025. All rights reserved.

